

Michaela Köttig
Dieter Röh (Hrsg.)

Soziale Arbeit in der Demokratie – Demokratieförderung in der Sozialen Arbeit

Theoretische Analysen, gesellschaftliche
Herausforderungen und Reflexionen
zur Demokratieförderung und Partizipation



Theorie, Forschung und Praxis
der Sozialen Arbeit | Band 18

Verlag Barbara Budrich



Buchreihe
Theorie, Forschung und Praxis
der Sozialen Arbeit

herausgegeben von der
Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit
(DGSA)

Prof. Dr. Stefan Borrmann
Prof. Dr. Sonja Kubisch
Prof. Dr. Michaela Köttig
Prof. Dr. Dieter Röh
Prof. Dr. Christian Spatscheck
Prof. Dr. Claudia Steckelberg
Prof. Dr. Barbara Thiessen

Band 18

Michaela Köttig
Dieter Röh (Hrsg.)

Soziale Arbeit in der Demokratie – Demokratieförderung in der Sozialen Arbeit

Theoretische Analysen, gesellschaftliche
Herausforderungen und Reflexionen zur
Demokratieförderung und Partizipation

Verlag Barbara Budrich
Opladen • Berlin • Toronto 2019

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier.

Alle Rechte vorbehalten.

© 2019 Verlag Barbara Budrich, Opladen, Berlin & Toronto
www.budrich-verlag.de

ISBN 978-3-8474-2297-6 (Paperback)

eISBN 978-3-8474-1478-0 (eBook)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Bettina Lehfeldt, Kleinmachnow – www.lehfeldtgraphic.de

Lektorat und Satz: Ulrike Weingärtner, Gründau – info@textakzente.de

Druck: Paper & Tinta, Warschau

Printed in Europe

Vorwort

Zur Schriftenreihe

der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit

Die Wissenschaftsdisziplin der Sozialen Arbeit kann auf eine lange Tradition der Verknüpfung von Forschung und Praxis zurückblicken: Wissenschaftler_innen greifen Frage- und Problemstellungen aus der Praxis Sozialer Arbeit auf und transformieren diese so, dass sie im Rahmen anwendungs- und grundlagenorientierter Forschung bearbeitet werden können. Professionelle Fachkräfte, die sich in der Praxis mit der Wahrnehmung, Analyse, Vermeidung und Minderung sozialer Probleme sowie mit Bildungsherausforderungen und Subjektivierungen befassen, greifen auf Erkenntnisse wissenschaftlicher Analysen, auf Theorien und empirisches Wissen zurück, um die von ihnen wahrgenommenen Phänomene verstehen, erklären und professionell bearbeiten zu können sowie ihre eigene Praxis kritisch zu reflektieren. Inzwischen haben sich auch verschiedene Foren der Kooperation und des fachlichen Austauschs zwischen Wissenschaftler_innen und Praktiker_innen in der Sozialen Arbeit etabliert.

Für die Auseinandersetzung in gesellschaftlichen, fachlichen und politischen Diskursen benötigen Wissenschaftler_innen und Fachkräfte Sozialer Arbeit gleichermaßen fundierte Argumente, die allzu einfachen Erklärungsmustern begegnen und dazu beitragen, als problematisch wahrgenommene soziale Phänomene in ihrer Genese und im gesellschaftlichen Kontext zu analysieren und zu verstehen. Doch obwohl es inzwischen sowohl eine im Hinblick auf den Umgang mit sozialen Problemen und Bildungsherausforderungen reiche professionelle Praxis als auch eine weite und ausdifferenzierte Forschungslandschaft in der Sozialen Arbeit gibt, mangelt es in vielen Bereichen immer noch an empirischen Analysen und theoriebasierten Erklärungen. In manchen Bereichen bleiben Erfahrungen sowie gelungene und misslungene Lösungs- und Interpretationsbemühungen undokumentiert, unausgewertet, unverstanden und vor allem unveröffentlicht. Die Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit (DGSA) bemüht sich seit ihrer Gründung im Jahr 1989 darum, diese Erfahrungen für den professionellen und disziplinären Diskurs aufzubereiten.

Als Förderin der Disziplin und Profession Sozialer Arbeit entfaltet die Fachgesellschaft dafür eine Reihe von Aktivitäten in Forschung, Theorie und Ausbildung. Neben dem Fachdiskurs innerhalb der Sektionen, Fachgruppen und Jahrestagungen, der Anregung curricularer Weiterentwicklungen und der Unterstützung des wissenschaftlichen und professionellen Nachwuchses gehören dazu auch die Veröffentlichung und Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse. Die Fachbeiträge sollen dazu dienen, fundiert und aktiv fach- und gesellschaftspolitische Debatten mitzugestalten, die sich mit der Lösung der für die Soziale Arbeit relevanten sozialen Probleme befassen.

Die 2010 gestartete Schriftenreihe der DGSA versteht sich dabei als ein Forum, das sich aus den Beiträgen der Sektionen und Fachgruppen, den von ihnen veranstalteten Tagungen und Kongressen speist, jedoch darüber hinaus auch zentrale Themen und Fragestellungen des Fachdiskurses im Bereich der Sozialen Arbeit aufgreift. Die Reihe wendet sich an Lehrende, Forschende, Praktiker_innen und Studierende der Sozialen Arbeit sowie benachbarter Disziplinen und Professionen, die sich ebenfalls mit den Gegenständen der Sozialen Arbeit in Wort und Tat befassen. Wir verstehen diese Reihe als eine Einladung an alle Interessierten, sich am Diskurs über die aufgeworfenen Fragen zu beteiligen.

In diesem Sinne hoffen wir, dass die Reihe zur Mehrung der Erkenntnisse beiträgt und möglichst vielen einen Ansporn gibt, sich in diesen Prozess einzubringen.

Bremen, Hamburg, Frankfurt am Main, Köln, Landshut, Neubrandenburg
im März 2019

Die Herausgeber_innen

Stefan Borrmann
Michaela Köttig
Sonja Kubisch
Dieter Röh
Christian Spatscheck
Claudia Steckelberg
Barbara Thiessen

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Demokratie und Soziale Arbeit – ein herausforderndes Wechselverhältnis	11
<i>Michaela Köttig und Dieter Röh</i>	
Gesellschaftstheoretische Rahmung und historische Entwicklung	
Solidarität subaltern. Demokratische Zerreißproben in neoreaktionären Zeiten	22
<i>Sabine Hark</i>	
Soziale Arbeit in neoreaktionären Zeiten – oder: Demokratie braucht Soziale Arbeit braucht Demokratie. Eine Replik zum Beitrag von Sabine Hark	36
<i>Barbara Thiessen</i>	
Jane Addams' integrale Demokratietheorie– oder: Was soll eine 1902 entstandene Theorie der Demokratie Neues beizutragen haben?	46
<i>Silvia Staub-Bernasconi</i>	
Demokratiethoretische Überlegungen	
Wie wollen wir leben? Margalits Konzept einer anständigen Gesellschaft und dessen Bedeutung für die Theoriebildung in der Sozialen Arbeit	58
<i>Anna Kasten</i>	
(Post-)Demokratisierung von Gesellschaft? Soziale Arbeit im Spannungsverhältnis von Ver- und Entbürgerlichung.	67
<i>Thomas Wagner</i>	
Demokratischer Symbolismus und kommunale Sozialpädagogik – Politische und sozialpädagogische Theorie im Kontext der Stadt teilöffentlichkeit	76
<i>Stephan Maykus</i>	

Bedürfnis nach Eindeutigkeit. Zur Attraktivität des Totalitären in Zeiten des Neoliberalen	84
<i>Carsta Langner</i>	

Teilhabe und/oder Partizipation – eine Auseinandersetzung mit Schlüsselbegriffen einer demokratieorientierten Sozialen Arbeit.	93
<i>Carla Wesselmann</i>	

Handlungsfeldanalytische Perspektiven auf Demokratieförderung

Ansätze zu einer demokratischen Bildung des Sozialen und Bildung am Sozialen: Perspektiven der Gemeinwesenarbeit.	104
<i>Michael May</i>	

Herausforderungen für die politische Bildung in der „Krise der Demokratie“ am Beispiel politischer Bildungsarbeit in Tirol . . .	114
<i>Michael Brandmayer und Sepideh Heydarpur</i>	

Stärkung der Teilhabechancen Jugendlicher durch Soziale Arbeit am Rande der Stadt. Herausforderungen, Ambivalenzen und Handlungsfelder in deutsch-französischer Perspektive	123
<i>Sonja Preissing</i>	

Demokratische Partizipation im Alltag: Potenziale und Grenzen der Selbstorganisation am Beispiel von Bürgerhilfevereinen	133
<i>Monika Alisch, Martina Ritter, Yvonne Rubin und Barbara Solf-Leipold</i>	

Teilhabe ermöglichen unter ausgrenzenden Bedingungen?! Einschränkungen der Handlungsmöglichkeiten der Sozialen Arbeit am Beispiel der niedrigschwelligen Drogenhilfe.	142
<i>Daniela Molnar</i>	

Community Organizing – Partizipation und Demokratie im Alltag.	153
<i>Ute Fischer, Katja Heidmeier und Lothar Stock</i>	

Förderliche Rahmenbedingungen für die Partizipation von Genesungsbegleiter_innen in der sozialpsychiatrischen Regelversorgung	162
<i>Jelena Hoghe und Christoph Walther</i>	

Partizipation und Kooperation im Kontext von Fluchterfahrungen

Neue Perspektiven der Kooperation mit der Zivilgesellschaft im Handlungsfeld von Flucht und Asyl? Eine Rekonstruktion der Handlungsorientierungen von Fachkräften Sozialer Arbeit	172
<i>Sonja Kubisch</i>	

Zur Partizipation von geflüchteten Jugendlichen im Peer-Forschungsprojekt ‚Neu in Deutschland‘: Ein Multilog zwischen Berufs- und Co-Forschenden	185
<i>Shahin Mohammed, Harun Muhammed, Ingmar Zalewski und Stefan Thomas</i>	

Orte der Unterbringung von Geflüchteten im Zentrum gelingender Integration	196
<i>Peter Hermanns und Daniela Kieß</i>	

Herausforderung: Rechtsextremismus

Rechte Frauen als Herausforderung für die Soziale Arbeit und Beratung	206
<i>Esther Lehnert und Marion Mayer</i>	

Rechtsextrem orientierte und organisierte Studierende – Umgangsweisen in Hochschulen Sozialer Arbeit	216
<i>Heike Radvan und Barbara Schäuble</i>	

Zum Demokratiedefizit in der Sozialen Arbeit mit ehemals organisierten Rechtsextremen	228
<i>Johanna Sigl</i>	

Reflexionen methodischer, institutioneller und professioneller Leitlinien der Demokratieförderung

Demokratische Professionalität: Neun Handlungsleitlinien für eine demokratische professionelle Praxis in der Sozialen Arbeit	238
<i>Patrick Oehler</i>	

Wo beginnt Demokratie? Wahrnehmen, zulassen und ermöglichen von Öffentlichkeit	249
<i>Kathrin Aghamiri, Anja Reinecke-Terner und Rebekka Streck</i>	

Soziale Arbeit und Demokratie(-förderung): Welche Chancen und Grenzen bieten neue digitale Beteiligungsformen für Kinder und Jugendliche? <i>Daniela Steenkamp</i>	259
Hilfe zur Selbsthilfe <i>Jürgen Beushausen, Kirsten Rusert und Martin Stummbaum</i>	271
Kategorisierung und (mangelnde) Empathie für Klient_innen: Zur Bedeutung von ‚Ethnizität‘ <i>Constantin Wagner</i>	280
Volle Punktzahl für gutes Benehmen?! Verstärkersysteme in stationären Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe <i>Annika Gaßmöller</i>	289
Der politische Auftrag Sozialer Arbeit in der Praxis – Empirische Ergebnisse <i>Dieter Kulke und Johanne Schmidt</i>	301
Die Herausgeber_innen und Autor_innen	314

Demokratie und Soziale Arbeit – ein herausforderndes Wechselverhältnis

Michaela Köttig und Dieter Röh

Demokratie und Soziale Arbeit oder Soziale Arbeit und Demokratie – wie auch immer die Perspektive eingenommen wird, es handelt sich dabei um ein widersprüchliches und umstrittenes Wechselverhältnis in unterschiedlichsten Dimensionen. Historisch betrachtet ist Soziale Arbeit eng mit Fragen von Demokratie und Teilhabe verbunden. Die Profession Soziale Arbeit kann sogar als Ergebnis verschiedener Kämpfe um Demokratie angesehen werden, wie Oehler (2018 und in diesem Band) dies diskutiert. Soziale Arbeit wurde als wohlfahrtsstaatliche Antwort auf (potenzielle) soziale Desintegration von Individuen, Familien und größeren Bevölkerungsgruppen verstanden und stand auch immer wieder in Verbindung mit sozialen Bewegungen, die Freiheitsrechte und gleichberechtigte Teilhabe für alle Menschen eingefordert haben. In ihrer professionellen Rolle setzt(e) sich Soziale Arbeit dabei immer für die Stärkung der Perspektive von Bürger_innen ein. In diesem Kontext erhebt Soziale Arbeit den Anspruch, in ihren Angeboten und Institutionen Orte zu schaffen, an denen demokratische Prinzipien, politische Partizipation und gesellschaftliche Teilhabe verwirklicht und gefördert werden. Gleichzeitig jedoch war Soziale Arbeit auch von Beginn an Teil politischer Systeme und damit eingewoben in Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Zudem war und ist Soziale Arbeit partiell noch immer in die Ausführung politisch legitimierter, aber aus (professions-)ethischer und demokratischer Sicht umstrittene Entscheidungen eingebunden. Nicht zuletzt war Soziale Arbeit im Nationalsozialismus auch an der Umsetzung autoritärer und menschenverachtender Praktiken beteiligt. Als ein aktuelles Beispiel der Gleichzeitigkeit von Bestrebungen zur Umsetzung und Ausweitung demokratischer Rechte und der Eingebundenheit in nationalstaatliche Politiken balanciert Soziale Arbeit in vielen Ländern Europas den Umgang mit Flucht und Asyl aus. Hierbei geht es darum, Freiheits-, Schutz- und Teilhaberechte für die Betroffenen zu fordern und zu erkämpfen sowie die staatlichen Systeme bei Nichtbeachtung zu kritisieren und sich für menschenrechtsbasierte und demokratische Praktiken einzusetzen. Daneben wird Soziale Arbeit durch gesetzliche Bestimmungen,

institutionelle Regelungen und politische Einflussnahme so gerahmt, dass genau diese Rechte beschnitten werden.

In dieser grundsätzlichen Widersprüchlichkeit ist die disziplinäre und professionelle Vergewisserung der Positionierung gegenüber demokratischen Prinzipien und gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Entwicklungen unerlässlich. Allerdings ist dies auf einer theoretischen Ebene bisher nur sporadisch geschehen. Abgesehen von der oben genannten, kürzlich veröffentlichten Dissertation von Oehler (2018), in der er die Entwicklungslinien des Verhältnisses zwischen Demokratie und Sozialer Arbeit historisch bis in die Gegenwart hinein aufzeigt und Handlungsleitlinien für eine demokratische professionelle Praxis in der Sozialen Arbeit vorschlägt, ist die Auseinandersetzung an nur wenigen weiteren Stellen explizit erfolgt (vgl. beispielsweise Geisen u. a. 2011; Mührel/Birgmeier 2013; Widersprüche 2013; Knauer/Sturzenhecker 2016). Allerdings muss sich gerade aktuell Soziale Arbeit als Profession und Disziplin die Frage stellen, ob sie den Anspruch, demokratische Prinzipien, politische Partizipation und gesellschaftliche Teilhabe noch umfassend begründen, realisieren und gestalten zu können, verwirklichen kann und ob dafür die geeigneten programmatischen und konzeptionellen Ansätze entwickelt sind. Es ist darüber hinaus zu diskutieren, ob die nötigen gesellschaftlichen Bedingungen und institutionellen Strukturen vorzufinden sind – dies vor dem Hintergrund einer sozialen Rahmung, in der, entgegen wohlfahrtsstaatlicher Prinzipien, sozialpolitische Entscheidungen getroffen werden, bei denen soziale Gerechtigkeit gegenüber ökonomischen Erwägungen und Argumentationen an Bedeutung verlieren (Olk/Otto 2003; Wagner, T. in diesem Band). Soziale Probleme wie Armut oder Arbeitslosigkeit werden dabei als individuelle Bewältigungsleistungen konstruiert und ihre strukturellen Ursachen verdeckt, Fragen sozialer Gerechtigkeit werden zunehmend dethematisiert.

Diese Entwicklungen gehen damit einher, dass die Regierungsform der Demokratie in ihrer westlichen Ausprägung ebenfalls widersprüchlich ist. In Anlehnung an Rancières (2010) Ausführungen zur Postdemokratie kann von der Durchdringung der Demokratie als staatliches Modell bei gleichzeitiger Aushöhlung demokratischer Prinzipien gesprochen werden (Wagner 2013). Eine Folge davon kann sein, dass Menschen sich von den politischen Institutionen und gewählten Vertreter_innen nicht hinreichend repräsentiert fühlen. Die damit einhergehende Unzufriedenheit gibt Raum für populistische Kräfte und stellt damit auch die tradierten Formen von Teilhabe und Mitgestaltung infrage. Aber der Unmut richtet sich aktuell auch immer wieder gegen eine zunehmend empfundene soziale Unsicherheit und Unübersichtlichkeit sowie die moderne vielfältige und offene Gesellschaft. Rechtspopulistische Kräfte

kanalisieren diesen Unmut, suggerieren einfache Lösungen für die komplexen Fragen der Moderne und die Möglichkeit einer Rückkehr zu einer weniger unübersichtlichen Gesellschaft. Verteilungsfragen werden in kulturelle Fragen umgedeutet und führen zu Aus- und Abgrenzungen gegenüber konstruierten Gruppen.

Demokratiegefährdende Äußerungen, Einstellungen und Handlungen werden zunehmend unüberhörbar, tradierte rassistische Einstellungen gewinnen an Wirkmächtigkeit, verbunden mit einer Zunahme entsprechender Übergriffe gegenüber Andersdenkenden und vermeintlich schwächeren Bevölkerungsgruppen. Inwieweit solche Handlungs- und Orientierungsmuster auch von Fachkräften Sozialer Arbeit unterstützt oder gar aktiv eingesetzt werden, muss von der Profession selbst aufmerksam beobachtet werden (vgl. dazu Radvan/Schäuble in diesem Band). Es geht disziplinar und professionell unhinterfragbar darum, durch Partizipation ein solidarisches Miteinander zu kultivieren, um die Anliegen marginalisierter Bevölkerungsgruppen sichtbar und hörbar werden zu lassen sowie Ausgrenzung und Entmenslichungsmechanismen aufzuzeigen (Böhnisch 2018).

Parallel zeigt sich aber auch eine höchst lebendige Zivilgesellschaft im Engagement für Vielfalt und Offenheit. Dabei ist ein anhaltend hohes Potenzial an bürgerschaftlichem Engagement und an sozialem Zusammenhalt feststellbar; beides ist aktuell in vielen neuen und bestehenden Projekten, Organisationsformen und bürgerschaftlichen Initiativen sichtbar. Im Rahmen von Sozialer Arbeit sind Konzepte politischer Partizipation und gesellschaftlicher Teilhabe entwickelt und werden umgesetzt. Neue Formen der Beteiligung, auch an Hilfeprozessen in der Sozialen Arbeit, werden diskutiert, erprobt und reflektiert. Diese reichen in der Einzelfallhilfe von gemeinsamer Zieldefinition, geteilter Entscheidung(-sfindung) und Planung von Hilfen über aktivierende Gruppenmethoden, die Förderung von Selbsthilfe (in Gruppen und Initiativen) bis hin zu Beteiligungsverfahren in Stadt- oder Quartiersentwicklungsprozessen.

Das Anliegen in diesem Band – hervorgegangen aus der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit am 27. und 28.04.2018 in Hamburg – ist es, einen Beitrag zur gesellschaftlichen Analyse und der theoretischen Fundierung des Verhältnisses von Sozialer Arbeit und Demokratie sowie zu anwendungsorientierten Fragen und Reflexionen zu leisten. Gliedert ist der Band in sechs Abschnitte, die wie folgt überschrieben sind: *Gesellschaftstheoretische Rahmung und historische Entwicklung, Demokratietheoretische Überlegungen, Handlungsfeldanalytische Perspektiven auf Demokratieförderung, Partizipation und Kooperation im Kontext von Flücht-*

erfahrungen, Herausforderung: Rechtsextremismus, Reflexionen methodischer, institutioneller und professioneller Leitlinien der Demokratieförderung.

Unter der Überschrift *Gesellschaftstheoretische Rahmung und historische Entwicklung* führt Sabine Hark in das Buch ein und arbeitet den Solidaritätsverlust unter neoliberalen/neoreaktionären Bedingungen heraus. Den Mangel an Solidaritätsbeziehungen diskutiert sie als Ursache für die sich durchsetzende ‚rohe Bürgerlichkeit‘ (Wilhelm Heitmeyer), die sie als besonders gefährdendes Element der Demokratie erfasst. Hark zeigt die Mechanismen dieser Entwicklung deutlich auf und stellt dem das Konzept des ‚In-Gesellschaft-aller-Menschen-Marschierens‘ (Frantz Fanon) entgegen. In ihrem Kommentar zu Harks Ausführungen kann Barbara Thiessen anschaulich aufzeigen, welche Bedingungen für Soziale Arbeit bereits entstanden sind und sich noch zuspitzen können, wenn sich reaktionäre Gesellschaftsvorstellungen wieder stärker durchsetzen, und welche Gefahren diese Entwicklung in sich birgt, selbst für eine Profession, die historisch und bis in die Gegenwart auf demokratischen Verhältnissen fußt und solidarisch ausgerichtet ist. Diskutiert werden insbesondere Handlungsoptionen, in wissenschaftlichem Dialog und professionellem Handeln, diesen Entwicklungen entgegenzuwirken. Die einführenden Überlegungen programmatisch abschließend stellt Silvia Staub-Bernasconi die von Jane Addams in ihrem Buch ‚Democracy and Social Ethics‘ von 1902 entwickelte ‚Integrale Demokratietheorie‘ dar, die ihr zufolge nicht nur im politischen System, sondern in allen gesellschaftlichen Teilsystemen, insbesondere in der Sozialen Arbeit, realisiert werden sollte. Die Einlösung des demokratischen Versprechens von Gleichheit, Freiheit, Partizipation und sozialer Gerechtigkeit hätte dann eine Chance, wenn man davon ausgeht, dass alle Menschen gemeinsame Bedürfnisse (hingegen unterschiedliche Wünsche) haben, deren Befriedigung zum Maßstab einer demokratisch-partizipativen, sozial gerechten Gesellschaft werden muss. Dies sei aber nur möglich, wenn die Benachteiligten und Machtunterlegenen lernen können, sich auf legitime Weise zu organisieren, um ihre legitimen Ansprüche einzufordern. Entsprechend ist Addams ‚Kur‘ für die Probleme der Demokratie die Forderung nach ‚mehr Demokratie!‘

Der zweite Abschnitt mit dem Titel *Demokratietheoretische Überlegungen* wird durch den Beitrag von Anna Kasten eröffnet. Sie greift das Konzept der anständigen Gesellschaft des israelischen Philosophen Avishai Margalit auf, um sich mit der Rolle, die Institutionen in der Sozialen Arbeit zukommt, zu beschäftigen, wenn die Frage ‚Wie wollen wir leben?‘ verhandelt wird. Kasten arbeitet heraus, in welcher Weise diese philosophische Betrachtung für die Theoriebildung in der Sozialen Arbeit nützlich sein kann. Thomas Wagner beschäftigt sich in seinem Beitrag mit den Spielräumen Sozialer Arbeit

in postdemokratischen Verhältnissen, die zu einer Demokratisierung von Gesellschaft beitragen. Ausgehend von einem konfliktorientierten Demokratieverständnis werden zur Klärung dieser Frage die Optionen eines kritischen Begriffs von Bürgerschaft diskutiert. Auf Basis der These, dass für Soziale Arbeit ein Spannungsverhältnis von Ver- und Entbürgerlichung konstitutiv ist, werden ‚acts of citizenship‘ und Handlungsstrategien in der Praxis Sozialer Arbeit diskutiert. Anschließend ergründet *Stephan Maykus* in seinem Beitrag aus einer theoretischen Perspektive das Verhältnis von Demokratie und Sozialer Arbeit mit Fokus auf den kommunalen öffentlichen Raum als Austragungsort einer Pädagogik des Sozialen in der Stadtgesellschaft. Vor dem Hintergrund der Theorie des ‚demokratischen Symbolismus‘ Emanuel Richters kommt er zu dem Schluss, dass „Soziale Arbeit und Demokratie ein durchaus konstruktives, Fachlichkeit prägendes und ihre gesellschaftliche Funktion kritisch begleitendes Verhältnis erster und zweiter Ordnung in der Betrachtung gesellschaftlicher Partizipation“ eingehen. Aus einer gesellschaftstheoretischen Perspektive stellt *Carsta Langner* in ihrem Beitrag den Zusammenhang zwischen Radikalisierungsprozessen und einer neoliberalen Wirtschaftsordnung her. Aspekte von Subjektwerdung werden unter neoliberalen Wirtschaftsbedingungen aufgezeigt, und es wird der Frage nachgegangen, auf welche Weise die damit verbundenen Anforderungen von Akteur_innen, die antidemokratische Gesellschaftsideale vertreten, aufgegriffen werden können. Den Abschluss in diesem Abschnitt bildet die Auseinandersetzung *Carla Wesselmanns* mit der theoretischen Unterscheidung der Begriffe Teilhabe und Partizipation. Oft synonym angewendet kann sie aufzeigen, dass Teilhabe als Rechtsbegriff ein wohlfahrtsstaatliches Grundprinzip definiert, während Partizipation auf Errungenschaften und Diskursen der Sozialen Bewegungen der 1960er Jahre basiert und auf die demokratische Ausgestaltung von Teilhabe abzielt.

Michael May eröffnet mit seinen Überlegungen zum Gemeinwesen den dritten Abschnitt *Handlungsfeldanalytische Perspektiven auf Demokratieförderung*. Er arbeitet – ausgehend von ‚Rousseaus Problem der Demokratie‘ (Ritsert) der doppelten Bedeutung einer Bildung des Sozialen und Bildung am Sozialen als einer allgemeinen Bestimmung Sozialer Arbeit – heraus, wie dieser doppelte Bildungsprozess durch Professionelle angeregt und gestützt werden kann. Aufgegriffen wird dabei Makarenkos pädagogische Kunst des Perspektivenentwickelns: angefangen bei der nahen Perspektive einer Demokratisierung von Verkehrsformen im Zuge spontaner Selbstregulierungen unmittelbarer Bedürfnisse, über deren Überführung in Formen demokratischer Selbstorganisation von Interessen in spezifischen Gruppen als mittlere Perspektive, bis hin zur weiten Perspektive einer solche Interessengruppen

übergreifenden Form der Herausbildung eines nicht ausgrenzenden, gleichermaßen sozialen wie demokratischen Gemeinwesens. *Michael Brandmayer und Sepideh Heydarpur* richten ihren Blick auf das Feld der politischen Bildung und proklamieren politische Bildung als eine Möglichkeit zur Stärkung von Teilhabe und Partizipation in der Lebenswelt, denn sie erlaubt Adressat_innen, Einsichten zu gewinnen, wie die individuelle Situation mit gesellschaftlichen Bedingungen zusammenhängt. Sie fragen, wie sich die politische Bildung durch die ‚Krise der Demokratie‘ (Zizek) und Entwicklungen in sozialen Medien weiterentwickeln muss, und beantworten diese Frage aus unterschiedlichen Perspektiven; im zweiten Teil werden Ergebnisse eines Forschungsprojekts aus Tirol dazu vorgestellt. *Sonja Preissing* setzt sich mit dem Beitrag der Sozialen Arbeit auseinander, Partizipationsprozesse marginalisierter Jugendlicher zu unterstützen und zu stärken. Am Beispiel ausgewählter Stadtquartiere in Köln und Lyon wird die Frage bearbeitet, wie Soziale Arbeit die politische Teilhabe insbesondere sogenannter benachteiligter Jugendlicher stärken und unterstützen kann. Anhand empirischer Befunde wird gezeigt, welche Strategien und Handlungsansätze die Teilhabe und Mitbestimmung Jugendlicher stärken können, vor welchen Herausforderungen Soziale Arbeit hierbei steht und welche Ambivalenzen sich zeigen. *Monika Alisch, Martina Ritter, Yvonne Rubin und Barbara Solf-Leipold* arbeiten auf der Basis des Praxisforschungsprojekts BUSLAR (Bürgerhilfvereine und Sozialgenossenschaften als Partner der öffentlichen Daseinsvorsorge und Pflege. Modellentwicklung zur ergänzenden Hilfeleistung für ältere Menschen in ländlichen Räumen) heraus, wie Bürgerhilfvereine die Unterstützung im Alltag und soziale Begegnungen für ältere Menschen anbieten. Diese Aktivitäten werden weder von den politischen Akteur_innen noch bei den Engagierten in den Bürgerhilfvereinen selbst als Bestandteil eines demokratischen Prozesses eingeordnet. Vielmehr erklären die Aktiven ihr Engagement mit persönlichen Motiven. Die Autorinnen begründen jedoch, warum – mit Bezug auf partizipative Demokratietheorien – dieses zivilgesellschaftliche Engagement sehr wohl Teil des demokratischen Prozesses ist, in dem eine Gesellschaft ihre eigene Verfasstheit reflektiert und gestaltet. Zugleich wird sichtbar, dass in den Strukturen der Zusammenschlüsse als Bürgerhilfvereine und den Formen ihres gemeinsamen Handelns weiterhin gesellschaftliche Ungleichheiten und Hierarchien reproduziert werden. Aus diesen Befunden schlussfolgern die Autorinnen eine Aufgabe Sozialer Arbeit, die Bürgerhilfvereine selbst darin zu unterstützen, ihr Engagement in den demokratischen Prozess einzuordnen und gleichzeitig die eigenen Grenzen sowie Chancen ihres kollektiven Handelns besser einschätzen zu können. *Daniela Molnar* fokussiert in ihrem Beitrag Ausgrenzungsprozesse in ihrem Verhältnis zu

und ihren Auswirkungen auf Einrichtungen und Mitarbeiter_innen des sozialarbeiterischen Arbeitsfeldes der Kontaktläden in der niedrigschwelligen Drogenhilfe. Im Zentrum steht dabei die Frage, inwiefern Teilhabe unter ausgrenzenden Bedingungen ermöglicht oder auch verhindert wird; dadurch rücken die Einschränkungen der Handlungsmöglichkeiten in der niedrigschwelligen Drogenhilfe ins Blickfeld. Es wird erörtert, inwiefern es Einrichtungen und Mitarbeiter_innen ermöglicht und unmöglich gemacht wird, Teilhabearbeit für ihre und mit ihren Klient_innen zu leisten. *Ute Fischer, Katja Heidmeier und Lothar Stock* verdeutlichen in ihrem Beitrag die Bedeutung von Community Organizing für die Initiierung von handlungsmächtigen Zusammenschlüssen von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen auf lokaler Ebene bzw. im Stadtteil, mit der eine Demokratisierung des Alltagslebens einhergeht. Der Beitrag beleuchtet die historische Entstehungsgeschichte und die grundlegenden Prinzipien von Community Organizing sowie anhand von zwei Praxisbeispielen deren konkrete Umsetzung in der Sozialen Arbeit. Abschließend stellen *Jelena Hoghe und Christoph Walther* in ihrem Beitrag auf der Basis einer systematischen Literaturrecherche in Deutschland die Wirkungen der Einstellung von Genesungsbegleiter_innen in sozialpsychiatrischen Einrichtungen und dafür förderliche Rahmenbedingungen dar. Es wird deutlich, dass diese auf verschiedene Weise dazu beitragen, die professionelle Leistungserbringung zu demokratisieren und mit ihrer ‚Expertise aus eigener Erfahrung‘ die Teilhabe von psychisch kranken Menschen zu fördern.

Der vierte Abschnitt ist dem Themenfeld *Partizipation und Kooperation im Kontext von Fluchterfahrungen* gewidmet. *Sonja Kubisch* wendet sich dem Verhältnis von Sozialer Arbeit und bürgerschaftlichem Engagement am Beispiel der Flüchtlingshilfe zu. Es werden erste Erkenntnisse aus einer laufenden rekonstruktiv-praxeologischen Studie vorgestellt, welche die Handlungsorientierungen von freiwillig Engagierten mit und ohne Fluchterfahrung und von Fachkräften Sozialer Arbeit untersucht. *Kubisch* macht Ähnlichkeiten und Unterschiede im Hinblick auf Wahrnehmungen, Wissen und Werthaltungen sichtbar. Diese Erkenntnisse dienen dazu, Fragen des Verhältnisses und der Kooperation von Sozialer Arbeit und Zivilgesellschaft zu diskutieren. Im zweiten Beitrag in diesem Abschnitt reflektieren *Shahin Mohammed, Harun Muhammed, Ingmar Zalewski und Stefan Thomas* in Form eines Multilogs die Resultate eines partizipativen Peer-Research-Projekts, das Berufsforschende der Fachhochschule Potsdam zusammen mit unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten als Co-Forschende durchgeführt haben. Es werden sowohl Ergebnisse des partizipativen Forschungsprojekts dargestellt als auch die Reflexion der kollaborativen Wissensproduktion. Die Ergebnisse sind aus einer Gruppendiskussion entstanden und wurden hinsichtlich relevanter Themen

gemeinsam ausgearbeitet. Im letzten Beitrag dieses Abschnitts stellen *Peter Herrmanns und Daniela Kees* die Arbeit des Internationalen Bunds in einem Übergangsheim für Geflüchtete in einem Stadtteil Berlins vor, der durch die Gleichzeitigkeit von Hetze und Abwehr sowie Unterstützung und Hilfeleistung geprägt ist. Sie diskutieren eine den Bewohner_innen zugewandte Atmosphäre, Gemeinschaftsaktivitäten sowie das Einbeziehen von Ehrenamt als Grundlage eines toleranten und respektvollen Miteinanders von Bewohner_innen, ehrenamtlich Engagierten und sozialen Fachkräften. Zudem werden Handlungsmodi vorgestellt, die einen konstruktiven Wandel von einem gespaltenen Kiez hin zu einer ‚guten Nachbarschaft‘ einleiten.

Unter der Abschnittsüberschrift *Herausforderung: Rechtsextremismus* problematisieren zunächst *Marion Mayer und Esther Lehnert*, dass extrem rechte Frauen als unpolitisch und friedfertig konstruiert und damit rechtsextreme/rechtspopulistische Akteurinnen unsichtbar gemacht werden und demokratiefeindliches und menschenverachtendes Denken normalisiert wird. Die Autorinnen arbeiten heraus, dass es einer (bisher noch ausstehenden) demokratie- und diversitätssensiblen Auseinandersetzung mit diesen Konstruktionen bedarf, um sich in Beratungsprozessen positionieren zu können. Des Weiteren diskutieren *Heike Radvan und Barbara Schäuble* das Problem extrem rechts orientierter Sozialarbeiter_innen und leiten Konsequenzen für Nutzer_innen sozialer Hilfeleistungen ab. Sie fokussieren auf die Hochschulen und das Studium Sozialer Arbeit, um unterschiedliche Handlungsoptionen vorzuschlagen, wie den Herausforderungen rechtspopulistischer Positionen begegnet werden kann. Und schließlich fragt *Johanna Sigl* in ihrem Beitrag über ehemals organisierte Rechtsextreme danach, welcher Stellenwert der Auseinandersetzung mit den vertretenen rechtsextremen Orientierungen und Handlungsmustern für den Ausstieg aus dem extrem rechten Kontext zukommt. Auf Basis ihrer Untersuchung zu Aussteiger_innen aus der extrem rechten Szene diskutiert sie, in welcher Weise Soziale Arbeit den Prozess der Reflexion von Anziehungsmomenten unterstützen kann, der für die Aneignung und Übernahme demokratischer Werte von besonderer Relevanz ist.

Im letzten Abschnitt des Buches werden *methodische, institutionelle und professionelle Leitlinien der Demokratieförderung* reflektiert. *Patrick Oehler* nähert sich dem Verhältnis von Sozialer Arbeit und Demokratie mit einer historischen Perspektive an und stellt theoretische Anknüpfungspunkte von den professionellen Anfängen bis in die Gegenwart her. Als Desiderat stellt er einen Mangel an praxisbezogener Umsetzung fest und schlägt – um dem zu begegnen – neun Handlungsleitlinien für eine demokratische Professionalität und demokratische Soziale Arbeit vor. *Kathrin Aghamiri, Anja Reinicke-Terner und Rebekka Streck* thematisieren aus ethnografischer Perspektive,

ob und wie sich demokratische Partizipation in der Sozialen Arbeit in der Interaktion zwischen und unter Professionellen und Adressat_innen ereignet und realisiert. Ausgehend von unterschiedlichen Handlungsfeldern diskutieren sie Erscheinungsformen und Bedingungen von Öffentlichkeit(en) in der Sozialen Arbeit. *Daniela Steenkamp* zeigt, wie digitale Medien dazu beitragen können, dass Kinder und Jugendliche niedrigschwellig an gesellschaftlichen Prozessen partizipieren können. Anhand der digitalen Plattform ‚aula‘ gibt die Autorin, die selbst Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von ‚aula‘ ist, einen Überblick darüber, wie Prozesse der Kinder- und Jugendpartizipation digital initiiert und unterstützt werden können. Mit dem Fokus auf Selbsthilfegruppen erörtern *Jürgen Beushausen*, *Kirsten Rusert* und *Martin Stummbaum* anhand der Weiterentwicklung des Grundsatzes ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ zum Grundsatz ‚Hilfe zum Selbsthilfegruppenengagement‘ die Notwendigkeiten und zeitgemäßen Anforderungen einer partizipationsfördernden Sozialen Arbeit. Etablierte Partizipationserfahrungen (aus) der professionellen Unterstützung von Selbsthilfegruppenengagements weisen auf innovative Perspektiven partizipativer Kommunikation in der Sozialen Arbeit hin. Diese innovativen Perspektiven werden in Rekurs auf Ansätze der Gesundheitsförderung in der Beratung und der Mediation im öffentlichen Bereich fundiert und diskutiert. *Constantin Wagner* geht der Frage nach, welche Bedeutung ‚Ethnizität‘ für den Prozess der Behandlung, Beratung und Begleitung von Sozialhilfebezieher_innen in einem schweizerischen Sozialamt hat. Durch die Auswertung (berufs-)biografischer Interviews und von Beobachtungsprotokollen wird herausgearbeitet, dass ‚Ethnizität‘ nicht nur auf die Beurteilung der Legitimität von Unterstützungs- bzw. Transferleistungen Einfluss nimmt, sondern auch die Einschätzung der Leistungsfähigkeit der Klient_innen beeinflusst. Ferner geht es um ein grundlegendes Verständnis für die Situation der Adressat_innen und damit um die Möglichkeit, eine professionelle Unterstützungsbeziehung aufzubauen. *Annika Gaßmüller* beschäftigt sich in ihrem Beitrag mit verhaltensregulierenden Maßnahmen, sogenannten Verstärkungssystemen, die bei Regelverletzungen in offenen und freiheitsentziehenden Intensiveinrichtungen für Jugendliche zunehmend an Bedeutung gewinnen. Sie arbeitet anhand ihrer Befragung von Jugendlichen in entsprechenden Maßnahmen unterschiedliche Formen heraus, wie Betroffene auf diese Form der Verhaltensregulierung reagieren, und kann aufzeigen, dass solche Maßnahmen nicht dazu geeignet sind, junge Menschen zu demokratischer Mitbestimmung anzuregen. Diesen Abschnitt und diesen Band insgesamt abschließend fokussieren *Dieter Kulke* und *Johanne Schmidt* den politischen Auftrag in der Sozialen Arbeit. Anhand der Auswertung einer Onlinebefragung von Fachkräften in der Sozialen Arbeit stellen sie fest, dass

eine Mehrheit der Befragten den politischen Auftrag als zentral ansieht. Diese begründen ihre Haltung vor allem auch mit den Leitbildern der Institutionen, in denen sie arbeiten.

Die Zusammenstellung der Beiträge bietet eine Vielfalt von Einblicken in verschiedene Theoriediskurse, Arbeitsfelder und Forschungskontexte. Sie stellen damit eine Verknüpfung demokratiethoretischer Analysen und handlungsfeldorientierter und -praktischer Überlegungen her. Selbstredend handelt es sich – trotz der thematischen Breite der Beiträge – um eine Auswahl, durch die Fragen aufgeworfen, Überlegungen zur Diskussion gestellt und Widersprüche aufgezeigt werden. Das Buch soll als Anregung zum weiteren Nachdenken, Forschen, Handeln und zur Selbstpositionierung im Verhältnis zwischen Sozialer Arbeit und Demokratie dienen.

Literatur

- Böhnisch, Lothar (2018): Die Verteidigung des Sozialen. Ermutigungen für die Soziale Arbeit. Weinheim: Beltz Juventa.
- Geisen, Thomas/Kessel, Fabian/Olk, Thomas Olk/Schnurr, Stefan (Hrsg.) (2011): Soziale Arbeit und Demokratie. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Knauer, Raingard/Sturzenhecker, Benedikt (2016): Demokratische Partizipation von Kindern. Weinheim: Juventa-Beltz.
- Mührel, Eric/Birgmeier Bernd (Hrsg.) (2013): Menschenrechte und Demokratie. Perspektiven für die Entwicklung der sozialen Arbeit als Profession und wissenschaftliche Disziplin. Wiesbaden: Springer.
- Oehler, Patrick (2018): Demokratie und Soziale Arbeit. Entwicklungslinien und Konturen demokratischer Professionalität. Wiesbaden: Springer.
- Olk, Thomas/Otto, Hans-Uwe (Hrsg.) (2003): Soziale Arbeit als Dienstleistung. Grundlegungen, Entwürfe und Modelle. München: Luchterhand.
- Rancière, Jacques (2010): Demokratie und Postdemokratie. In: Badiou, Alain/Rancière, Jacques (Hrsg.): Politik der Wahrheit. Wien: Turia + Kant.
- Wagner, Thomas (2013): Soziale Arbeit, Bürgerschaft und (Post-)Demokratie: Über die Notwendigkeit, Soziale Arbeit in demokratiethoretischen Widersprüchen zu denken. Widersprüche Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, 33(130), 61–86 (https://www.widersprueche-zeitschrift.de/IMG/pdf/Widerspr_130.pdf, Zugriff: 03.01.2019).
- Widersprüche (2013): Soziale Arbeit in der (Post-)Demokratie? Widersprüche Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, 33(130) (https://www.widersprueche-zeitschrift.de/IMG/pdf/Widerspr_130.pdf, Zugriff: 03.01.2019).

Gesellschaftstheoretische Rahmung und historische Entwicklung

Solidarität subaltern. Demokratische Zerreißproben in neoreaktionären Zeiten

Sabine Hark

1. ‚Verlierer‘ – Gefahr für Fortschritt und Freiheit?

Im Sommer 2017 kritisierte der Schriftsteller Karl-Markus Gauss in der *Süd-deutschen Zeitung* das gegenwärtig nahezu inflationäre „Gerede von den Verlierern, die zur Gefahr für Fortschritt und Freiheit werden“, als menschenverachtenden, „monströsen Triumph des Neoliberalismus, der auch die politische Sprache und das Sprachbewusstsein der Menschen verändert“ habe (Gauss 2017: 5). „Verlierer“, schreibt Gauss, würden ebenso sehr für das weltweite Erstarken der Populisten und die Befeuerung des neuen Nationalismus verantwortlich gemacht, wie für zu dumm gehalten, um die „ökonomischen Prozesse, die sie aus ihrer einst sicheren Position und bequemen Lage“ befördert hätten, zu verstehen und sich mit ihnen abzufinden (ebd.).

Dies ist nur einer von vielen Hinweisen auf eine Entwicklung, die wir seit Langem beobachten können: Dass auch die gesellschaftliche Mitte zunehmend enthemmt hasst und diffamiert, beleidigt und pöbelt – oder wahlweise hassen lässt, indem sie die öffentliche Debatte mit Ressentiments vergiftet und, wie zuletzt nach den Ereignissen in Chemnitz im Sommer 2018, bewusst Lügen streut. Eine Haltung, die Wilhelm Heitmeyer bereits vor einigen Jahren in *Deutsche Zustände* (2012: 10), als „rohe Bürgerlichkeit“, als die „geballte Wucht rabiaten Eliten“ beschrieben hat: Ein längst nicht mehr nur semantischer Klassenkampf von oben, der die Gleichwertigkeit von Menschen leugnet, ihre psychische und physische Integrität antastbar macht und dem eben jene „rohe Bürgerlichkeit“ als Transmissionsriemen dient gegen diejenigen, die als Auszugrenzende definiert werden. Dieser „rohen Bürgerlichkeit“ entgehe, so Heitmeyer, vielfach das Gefühl für verschiedene Formen von Gerechtigkeit, Solidarität und Fairness, die nicht an Effizienz, Nützlichkeit und Verwertbarkeit gekoppelt sei. Sie setze auf Konkurrenz und Eigenverantwortung in jeder Hinsicht und verweigere jenen, die dem nicht gewachsen seien,

die Solidarität. Es sei ihnen ohnehin nicht zu helfen, und ihnen solle daher auch nicht geholfen werden.

Wenn dergestalt „bestimmte Akteure als unterlegen betrachtet, sie abgewertet und symbolisch aus dem Kreis anerkannter Gesellschaftsmitglieder ausgeschlossen werden“, so argumentierten die Soziologen Sighard Neckel und Ferdinand Sütterlütj bereits vor etlichen Jahren, besteht die Gefahr der Ausbildung „negativer Klassifikationen“ (2005: 413), die ressentimentgeladenen gesellschaftlichen Haltungen Vorschub leisten. Die Marktgesellschaft provoziere solche Klassifikationen regelrecht. Denn in dem Maße, wie sich der einst sozialstaatlich eingehegte Kapitalismus in eine Marktgesellschaft mit ausgeprägter ‚Gewinner-Verlierer-Struktur‘ verwandelt habe, wachse der Interpretationsbedarf bezüglich der Einordnung eigener und fremder Sozialpositionen sowie der symbolische Zwang, sich gegenüber vermeintlich oder tatsächlich konkurrierenden Gruppen deutlich abzugrenzen. Diese Grenzbeziehungen werden nicht mehr nur als graduelle, also als relativier- und revidierbare Unterschiede artikuliert, sondern verstärkt eben zu ‚kategorialen Klassifikationen‘ verdichtet, die es ermöglichen „qualitative Urteile der Andersartigkeit“ (ebd.) über Personen und Gruppen zu fällen und so mindestens symbolisch über Zugehörigkeit oder Ausschluss zu entscheiden.

‚Negative Klassifikationen‘ sind zudem hilfreich, wenn es darum geht, ausgrenzende Maßnahmen und diskriminierende Differenzierungen zwischen der Bewohnerschaft eines Landes zu legitimieren. Im Verbund mit der „schleichenden Revolution“ des Neoliberalismus (Brown 2015), den weitreichenden politischen und ökonomischen Transformationen der vergangenen Jahrzehnte, tragen sie auch dazu bei, dass den postliberalen Kompromiss kennzeichnende Bedingungsgefüge politischer Partizipation, demokratischer Handlungsmächtigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe grundlegend zu verändern. Denn auch Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und Ausführungsbestimmungen konstruieren, differenzieren und hierarchisieren unterschiedliche Kategorien von Menschen und etablieren so ein komplexes System differenzieller Teilhabe. Das heißt, verschiedenen Bevölkerungsgruppen wird ein je unterschiedliches Set von Rechten gewährt und Pflichten auferlegt, die in einem System hierarchisch organisierter Abstufungen organisiert sind: vom Modell des mit allen Rechten ausgestatteten ‚Vollbürgers‘ bis zum aller Rechte entkleideten Flüchtling im Status der Duldung oder gar in Abschiebewahrsam.

Vokabeln wie ‚Eigenverantwortung‘ und ‚Verlierer‘, ‚Überflüssige und Unnütze‘, ‚Leistungsträger‘ und ‚Hartz-IVler‘ – und das ist für die Praxis der Sozialen Arbeit nicht unerheblich – sind darüber hinaus zu verstehen als Elemente von Deutungsschemata, mit denen die Menschen sich selbst und die

Welt, in der sie leben, interpretieren (sollen). Es handelt sich um normative Fluchtpunkte, auf die das Selbstverständnis und Handeln der Menschen geeicht wird. Sie stehen für konkrete Verfahren, mit denen sie ihr eigenes Verhalten oder das Verhalten anderer entsprechend steuern (sollen); sie verweisen auf Wissensformen, in denen Individuen die Wahrheit über sich erkennen, auf Kontroll- und Regulationsmechanismen, denen sie ausgesetzt sind, sowie auf Praktiken, mit denen sie auf sich selbst und andere einwirken (sollen). Semantisch werden dabei durchaus widersprüchliche Anforderungen verkoppelt: Eine Grammatik der Härte gegenüber anderen wird konterkariert und zugleich ergänzt durch eine Grammatik der individualisierten, solipsistischen Sorge um sich selbst.

Gauss' sensible Beobachtung der inflationären Verwendung pejorativer Vokabeln wie ‚Verlierer‘ ist in diesem Zusammenhang zu sehen. Seit Ende der 1990er Jahre mehrt sich in nicht immer kritischer Absicht die Rede von ‚Abgehängten‘, ‚Überflüssigen‘, ‚Überzähligen‘, ‚Nutzlosen‘ oder „nicht mehr verwertungsgerechten Personen“ (Willisch 2008: 309) sowohl im politischen Sprechen über die beispielsweise von den Verwerfungen des Erwerbsarbeitsmarktes Betroffenen als auch in den wissenschaftlichen Suchbewegungen nach einem angemessenen Vokabular zur Beschreibung neuer gesellschaftlicher Gefährdungen. Für die politische Rede sei hier exemplarisch erinnert an die stilbildende Aussage des Sozialdemokraten Gerhard Schröder, von 1998 bis 2005 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Dieser hatte im Frühjahr 2001 via BILD-Zeitung mitgeteilt, dass es „kein Recht auf Faulheit“ gäbe. Wer arbeiten könne, aber nicht wolle, so Schröder, dürfe „nicht mit Solidarität rechnen“.

Deutlicher nun hätte Schröder, unter dessen Kanzlerschaft die bis dahin sicherlich weitreichendste Reform der deutschen Sozialgesetzgebung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt wurde, das gegenwärtige Schicksal von Solidarität in der Verfassungsdemokratie nicht umschreiben können. Eine Reform im Übrigen – und das ist mehr als ein Treppenwitz der Geschichte – die als ‚Hartz IV‘ untrennbar mit dem Namen des wegen des Straftatbestands der ‚Untreue und Begünstigung‘ rechtskräftig verurteilten ehemaligen VW-Managers Peter Hartz verbunden ist. Solidarität als politisches Projekt wurde spätestens mit diesen Reformen entkernt. Als demokratischer Rechtstitel, der ohne Ansehen von Person und Leistung gilt, führt sie seitdem ein sklerotisches Schattendasein. Geholfen wird nur denjenigen, die sich selber helfen können, die bereit sind zu jeglicher Form von Anpassung, willens, jegliche Form der Demütigung hinzunehmen.

Solidarität ist, mit anderen Worten, nicht einfach gescheitert, sie wurde – als rechtlich verbürgte – Solidarbeziehung abgeschafft. Sie ist „subaltern“ ge-

worden, um eine Formulierung der feministischen Künstlerin Hito Steyerl (2008) aufzugreifen. Sie kann nicht mehr vernehmbar artikuliert werden – es ist eine im buchstäblichen Sinn sinnlose Äußerung. Solidarität existiert nur noch als bestenfalls belächeltes ‚Gutmenschentum‘ – in der ‚Armenspeisung‘, den Tafeln, Suppenküchen und Kältehilfen, in der Hausaufgabenhilfe für geflüchtete Kinder, der illegalisierten medizinischen Versorgung von Papierlosen und der Werkstatt, die gemeinsam mit Geflüchteten ausgemusterte Fahrräder für diese instand setzt. Als bürgerrechtliches, verfassungsdemokratisch organisiertes, politisches Projekt der Emanzipation existiert Solidarität dagegen nur mehr als Torso. Denn die in Fahrradprojekten und ehrenamtlicher Rechtsberatung, im gemeinsamen Chorsingen und in der privaten Versorgung mit Wohnraum manifest werdende Verpflichtung, Menschen in Not zu helfen, und zwar ungeachtet ihrer Herkunft und Hautfarbe, ihres Geschlechts, ihrer Religion und Sprache, ihres rechtlichen Status und ihres Benehmens, also ohne in eigen/fremd, wir/die anderen zu unterscheiden, ist das eine, das politische Projekt der Solidarität dagegen, also die politische Herstellung und dauerhafte Sicherung solidarischer, selbstbestimmter Verhältnisse für alle, ist etwas gänzlich anderes.

2. Soziale Grammatik der Härte

Das Erstarken autoritär grundierter Ressentiments wie in der von Gauss beobachteten Rede von den Verlierer_innen ist freilich nur eine Facette der besorgniserregenden Entwicklungen der jüngsten Zeit. Auch dank sogenannter ‚sozialer‘ Medien sind Respektlosigkeit, Hassrede, verbale Verhöhnung sowie Gewaltandrohung und deren Ausübung inzwischen zu einem festen Bestandteil des gesellschaftlichen Miteinanders geworden. Hier manifestiert sich die von Heitmeyer beschriebene ‚rohe Bürgerlichkeit‘. Eine Grammatik der Härte, die auf den Klaviaturen der Bezeichnung und des Verdachts, der Verfehlung und Verleumdung spielt und die zunehmend den öffentlichen Comment prägt. Eine Denkform, der es weder um Genauigkeit im Verstehen zu tun ist, noch darum, die parochiale Partialität der eigenen Perspektive in den kritischen Blick zu nehmen. Eine Denkform auch, die absieht von der einzelnen Person und den Umständen, in die sie gestellt ist, die Eigenschaften zuschreibt, diese totalisiert und synonym setzt mit der ganzen Person. Die aus Abstraktion soziale Verdikte gewinnt und sich moralisch über jene erhebt, die sie allererst als vermeintliche Verursacher_innen der angeprangerten Missstände ausfindig gemacht haben. Maßgeblich zu dieser Verrohung beigetragen haben im Übrigen die aggressiven und auf Verletzung gestimmten Volten

in den Debatten um die Rechte geschlechtlicher und sexueller Minderheiten, um geschlechtersensible Sprache und die geschlechtergerechte Gestaltung unserer Gesellschaft ganz allgemein sowie die nicht abreißenden Angriffe und Anfechtungen der Gender Studies.

Auch die Wiederbelebung manichäischer Freund-Feind-Dichotomien, die Dämonisierung der Fremden und der Rückgriff auf das vermeintlich Eigene, das es gegen diese Fremden zu verteidigen gilt, die Wiederkehr von Begriffen wie ‚Volk‘, ‚Nation‘ oder gar ‚Rasse‘, ebenso wie der Rekurs auf ‚Heimat‘, ‚Kultur‘, und ‚Identität‘, die Rede davon, dass ‚die‘ Fremden uns überrollen oder überschwemmen, sie unsere ‚Sozialsysteme destabilisieren‘, ‚unsere Werte‘ missachten und ungerechtfertigt etwas bekommen, was doch eigentlich nur ‚uns‘ zusteht, sind Anzeichen dafür, wie sehr die Grenzen des Sagbaren zum Autoritären, jedenfalls nicht mehr an der Demokratie Orientierten, verschoben wurden.

Zu verstehen ist all dies im Kontext der weltweiten Durchsetzung neoliberaler Staatlichkeit und Regierungsrationalität. In Deutschland setzten sie mit der sozialdemokratischen Politik der Flexibilisierung und – im Ergebnis – Prekarisierung der Erwerbsarbeitsmärkte sowie den tiefgreifenden Umstrukturierungen des Wohlfahrtssystems ein. Weitere Elemente dieser radikalen Transformation von Staatlichkeit waren etwa die Strategie der Privatisierung öffentlichen Eigentums wie Wasser, Energie und Boden, die Förderung von ‚Public-Private-Partnerships‘ zur Erbringung von (ehedem) staatlichen Leistungen, die betriebswirtschaftliche Reorganisation von staatlichen Verwaltungen und Bildungseinrichtungen unter der Leitidee des ‚New Public Management‘ und die Etablierung von ‚Wohlfahrtsmärkten‘, auf denen private Anbieter von Erziehungs-, Sorge- und Pflegedienstleistungen konkurrieren und die Bürger_innen als ‚Kunden‘ dieser Dienstleistungen auftreten.

Kennzeichnend für diesen zunehmend moralisch autoritär grundierten und disziplinär-normalisierend agierenden Neoliberalismus ist dabei vielleicht nichts so sehr wie die Überzeugung, dass die Idee, Märkte müssten regiert werden, ersetzt wird durch das Prinzip, dass es die Märkte selbst sind, die regieren (müssen). Diese Überzeugung ist „heute in der Staatskunst und am Arbeitsplatz, in der Jurisprudenz, Bildung, Kultur und einem riesigen Bereich von Alltagstätigkeit allgegenwärtig“ und hat, so Wendy Brown, „den eindeutig *politischen* Charakter der Demokratie [...] in etwas Ökonomisches“ umgewandelt – und Solidarität so aus der Demokratie vertrieben (Brown 2015: 15; Hervorhebung i. O.). Die Vorstellung von Gesellschaft als „Ansammlung von Märkten“, so auch der Bamberger Soziologe Richard Münch, beansprucht inzwischen nahezu „allgemein gültige Wahrheit für sich“ und

verbannt „alle anderen Ordnungsvorstellungen in das Reich ausgedienter Ideologien“ (2009: 318).

Die *Sozialstruktur* hat sich vor diesem Hintergrund in den vergangenen beiden Jahrzehnten auf eine neue Weise polarisiert. Am unteren Ende der gesellschaftlichen Hierarchie verfestigen sich Pauperisierung und soziale Verwundbarkeit, während sich am anderen Ende die Bevorteilung der oberen Schichten und vermögenden Klassen abzeichnet (Milanović 2016). Dem korrespondiert das *sozialpolitische Programm* des autoritär grundierten, normalisierenden Neoliberalismus, das im Kern auf die Entkollektivierung sozialer Sicherung sowie die Ausrichtung von Sozialpolitik auf individualisierte Innovationspolitik und Humankapitalbildung zielt. Das heißt, der Sozialstaat wird umgebaut in einen aktivierenden Staat, der die Einzelnen ermutigt, in ihr ‚Humankapital‘ zu investieren – und dies auch selbst tut. Statt einer Politik *gegen* die Zwänge des Marktes also Politik *für* den Markt: Marktbefördernde Wohlfahrtsstaatlichkeit erhält den Vorzug vor marktbegrenzender. In diesem neuen Sozialstaat hat die ungleich gewährte, individualisierte Befähigung zur Bewältigung krisenhafter Situationen Vorrang vor dem Schutz der Einzelnen vor nicht selbst zu verantwortenden Risiken. Anders gesagt: Für diejenigen, in deren Humankapital kräftig investiert wird, insbesondere durch akademische Bildung und anspruchsvolle berufliche Qualifizierung, werden Korridore geschaffen für ökonomische Prosperität und sozialen Aufstieg, während jene, die nicht in gleichem Maße qualifiziert werden (können), noch mehr marginalisiert werden, „weil es sich jetzt um eine Gruppe handelt, aus der heraus überhaupt kein Aufstieg mehr zu schaffen ist“ (Münch 2009: 328).

Genau diese „überflüssige oder Zuschuß-Arbeiterbevölkerung“, wie Karl Marx (1867) sie nannte, sind die neuen Subalternen. Verwiesen in die Randzonen der Aufmerksamkeit, abgekoppelt von gesellschaftlichen Bezügen, vor allem von dem zentralen gesellschaftlichen Inklusionsmechanismus existenzsichernder Erwerbsarbeit. Die neuen Subalternen sind aber auch der Schatten, der beständig an die Volatilität des neuen hegemonialen Subjekts des Neoliberalismus erinnert: Jenes unternehmerische Selbst, das im Zentrum der Bemühungen der Aktivierungsgesellschaft steht. Ein Wesen, das unermüdlich an sich selbst arbeitet und „für sich selbst sein eigenes Kapital ist“: seine eigene Produzentin, seine eigene Einkommensquelle (Foucault 2004: 314). Und dem nicht zuletzt kollektive bzw. gesellschaftliche Lösungen zunehmend suspekt erscheinen.

3. Formwandel der Herrschaftstechniken

Eng verbunden sind diese Entwicklungen mit einem Formwandel in den Herrschaftstechniken. Der neoliberale Staat regiert nämlich nicht weniger, sondern anders. So verdeckt beispielsweise das Leitbild des „aktivierenden Staates“, das suggeriert, der Staat verzichte zugunsten der Unterstützung der selbstbestimmten Aktivitäten der Individuen aufs Regieren, dass das korrespondierende Leitbild des „aktiven (Unternehmer-)Bürgers“ nicht keine Regierungstechnologie ist, sondern lediglich eine andere.

Fassen lässt sich dieser Formwandel der Herrschaftstechniken auch mit der Differenzierung von Recht und Gesetz. Das heißt, denjenigen, die aus den gesellschaftlichen Tätigkeitsformen sowie den hegemonialen Reproduktions- und Anerkennungssystemen herausfallen bzw. aus diesen verdrängt werden, erlegt der Staat disziplinierende Gesetze und (teils unsinnige) Maßnahmen auf, während jenen am anderen Ende Rechte eingeräumt werden, die den (tendenziell uneingeschränkten) Konsum von Waren und Dienstleistungen sowie die Verwirklichung privater Freiheit ermöglichen. Sozialpolitisch mobilisiert werden mithin nur jene „Personengruppen, Sozialkategorien und Handlungsmotive, die ökonomisch erforderlich, sozial erwünscht und normativ akzeptabel sind“, wie der Münchner Soziologe Stephan Lessenich (2016) ausführt. Prekarisierungstendenzen in der Sicherung der Lebensführung bei jenen, die ökonomisch nicht erforderlich sind und in die Raster der Normativität und Normalität nicht hineinpassen, sind in diesem Zusammenhang zu sehen.

„Fördern und Fordern“, wie es im entsprechenden Kapitel des deutschen Sozialgesetzbuches heißt, ist bekanntlich die Maxime dieser nach-solidarischen Aktivierungspolitik. „Das neue Paradigma der Sozialpolitik“, so noch einmal Richard Münch, löst das „alte, auf nachmarktlichen sozialen Ausgleich, das heißt auf Dekommodifizierung ausgerichtete Paradigma ab“ und ersetzt es durch die „Rekommodifizierung des individuellen Lebensschicksals“ (Münch 2009: 327). Die Teilhabe des Individuums an der Gesellschaft wird dergestalt den „Gesetzmäßigkeiten der Kapitalverwertung“ unterworfen und Solidarität auf „das Interesse am Selbstschutz gegen drohende Gefahren der Anomie“ (ebd.) reduziert.

„Eigenverantwortung“ und ‚Verlierer‘ sind hier zwei Seiten derselben Medaille. Denn je mehr Produktivität „im Vollzugsmodus der individuellen Selbststeuerung zu einer sozialpolitisch etablierten Norm wird“, „desto stärker geraten diejenigen Gruppen und Milieus, Bedürfnisse und Lebensbereiche ins Hintertreffen, die der damit gesetzten „Normalität“ nicht entspre-

chen“ (Lessenich 2016: 16). ‚Eigenverantwortung‘ und ‚Verlierer‘ fungieren mithin als Vokabeln sozialer Disziplinierung. Sie zeigen an, dass soziale Bürgerrechte – also verfassungsrechtlich geronnene Solidarität –, vertragsförmig generalüberholt, nicht mehr als (relativ) bedingungslos gewährte, unveräußerliche Rechte gelten, sondern an die individuelle Erfüllung staatlicherseits auferlegter Pflichten gekoppelt sind. Wer diesen nicht nachkommt, hat den Anspruch auf mehr als das Lebensnotwendige verwirkt. Aus Bürger_innen mit verbrieften sozialen Rechten werden, mit anderen Worten, Subalterne, Bürger_innen von niederem Rang – eine fundamentale Achsenverschiebung im Verhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft, nichts weniger als die „Neuerfindung des Sozialen“ (Lessenich 2008).

4. Eine neue Sprache der Solidarität

Vor diesem Hintergrund von Solidarität zu sprechen, mutet in der Tat wie ein Ruf aus fernen, anderen Zeiten an. Und dies gilt erst recht, wenn wir den Blick über den nationalen Tellerrand hinaus weiten. In einer Zeit jedenfalls, in der das reichste eine Prozent der Weltbevölkerung 46% des globalen Vermögens sein Eigen nennt und mehr denn je einige wenige über die Verhältnisse aller anderen leben, während als moralische Leitwährung das neoliberale Credo gilt, dass jede und jeder nur für sich selbst, nicht aber für andere verantwortlich ist, bleibt Solidarität nur ein rhetorischer Platz auf dem Kirchentag. Als gesellschaftliche Praxis dagegen wird sie zerrieben zwischen einem global entfesselten Marktgeschehen und nationalistisch agierenden, antidemokratischen Populismen. Dabei wäre es umso dringlicher, eine neue Sprache der Solidarität zu entwickeln, da sich, angesichts einer globalen Situation, in der die Rahmen der Anerkennbarkeit, wessen und welches Leben zählt, beständig verengt werden, während zugleich immer mehr Leben in die Wertschöpfungsketten eingespannt und ökonomisch nutzbar gemacht werden, die Kluft zwischen Anteilslosen und Anspruchsberechtigten stetig vertieft. Jedenfalls lässt der weltweite Umgang mit Migrant_innen, deren Aspirationen auf ein besseres Leben am Grenzzaun von Ceuta, in der unbarmherzigen Hitze der Sahara, im ‚Dschungel‘ von Calais oder an der Mauer zwischen den USA und Mexiko verlöschen, keinen anderen Schluss zu, als dass ‚wir‘ längst entschieden haben, wer überleben darf und wer nicht.

Ihr Übriges dazu tun ein immer gnadenloserer, die natürlichen Ressourcen schändender kapitalistischer Wettbewerb, im globalen Maßstab existenziell verschärfte Verteilungskämpfe, der Rückzug der Staaten aus ihren sozialen Pflichten einerseits, der Ausbau von Regimen der Versichertheitli-

chung andererseits, der weltweite Vormarsch autoritärer, terroristischer und fundamentalistischer Regime und Bewegungen, die zunehmende Spaltung der Gesellschaften in einen wie auch immer sich liberal-demokratisch verstehenden und einen rechtspopulistischen Teil, der stete Ruf nach einfachen Lösungen, das Absterben der Institutionen und Garantien der parlamentarischen Verfassungsdemokratie, der Mangel an inneren wie äußeren Frieden schaffenden Diskursen und Erzählungen, die Atomisierung der Subjekte im Dauerrausch von Waren und Medien, die uns stetig zugemutete Verrohung und Verblödung auch in den öffentlich finanzierten Medien, das sture und in Teilen korrupte Weitermachen der politischen Klasse. Prozesse *kollektiver* Verständigung über Lebensformen und Solidarität sind dagegen kaum noch vorgesehen, sie werden durch die Verengung und Zerstörung öffentlicher Räume, durch die Verunmöglichung kollektiver Lernerfahrungen, durch Individualisierung und Fragmentierung des Gemeinwesens zunehmend erschwert. Die Möglichkeit von Politik im Sinne der Kommunikation und kooperativen Entschlussfassung über jene Angelegenheiten, die Menschen gemeinsam sind – Voraussetzung für Solidarität –, gehört daher zu den heute besonders gefährdeten Elementen der Demokratie.

5. Die Mobilisierung von Ressentiment

Die neoautoritären bzw. neoreaktionären Bewegungen der letzten Jahre sind einer solchen Vorstellung von Demokratie nicht nur diametral entgegengesetzt, es ist auch nicht weit bis zu Heitmeyers Diagnose der ‚rohen Bürgerlichkeit‘. Denn die Topoi, auf die sich der rechte Diskurs wesentlich stützt – die vorgebliche Bedrohung von Sicherheit und Ordnung, die Angst vor ‚Überfremdung‘ durch den Islam sowie die Forderung nach Begrenzung der Zuwanderung – sind allesamt Themen, die eben auch bei Besserverdienenden und akademisch Gebildeten Gehör und Stimme finden. Das heißt dann eben nicht ‚Obergrenze‘, sondern ‚maßvolle Kontingentierung‘.

Themen wie Modernisierungskritik, sexuelle Vielfalt, Gender, negative Migrationsfolgen und Islamkritik bilden die allfällige, bis ins bürgerliche Spektrum hin anschlussfähige Plattform für Allianzen. Favorisiert werden kulturelle – und in der Folge auch rechtliche – Schließungen, durch die die Errungenschaften der jeweiligen Wir-Gruppe – der Nation, des Volkes, der Kernfamilie, des Christentums usw. – gegenüber Außenseitern verteidigt werden sollen. Die Welt wird in manichäischen Antagonismen gedeutet, in Gegensätzen zwischen Innen und Außen, die mit Differenzierungen zwischen dem Wertvollen und dem Wertlosen verbunden sind. Herausgefordert